

Basta!

Nr. 2 / Mai 2007

Basels starke Alternative

Die Würde des Menschen ist antastbar

Multitionen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Die 5. IV-Revision ist eine schäbige Vorlage. 300 Millionen Franken will der Bund auf Kosten der Behinderten einsparen. Doch für die Betroffenen geht es um weit mehr als „nur“ um Geld: um ihre Würde.



12. Mai 2007: Im Rahmen des nationalen Aktionstags gegen die 5. IV-Revision zieht eine „Behindertenkarawane“ durch Basel, Menschen in Rollstühlen, zu Fuss, mit und ohne Blindenstöcke.

Die Behinderten tragen T-Shirts mit dem Aufdruck „Scheininvalid“, die Scheingesunden T-Shirts mit dem Aufdruck „Behinderte nicht Behindern“. Zusammen mit den gelben Ballons, die für ein Nein zur 5. IV-Revision werben, ergibt das ein farbiges Bild einer Gruppe behinderter Aktivistinnen und Aktivisten, die für ihre Anliegen auf die Strasse gehen.

„Schon wieder eine Todesfalle“, bemerkt eine Rollstuhlfahrerin. Mit Todesfalle meint sie die Rampen bei den Fussgängerstreifen. Die Stadt Basel hat es nicht zustande gebracht, wirklich rollstuhlgängige Rampen anzubringen. Die meisten sind viel zu steil und stellen für Menschen im Rollstuhl eine Gefahr dar.

Ein Passant empört sich: „Das ist eine grosse Schweinerei, Behinderte für politische Propaganda zu missbrauchen.“ Die Bemerkung löst unter den Behinderten Erheiterung aus. „Da siehst du, wie wenig man uns zutraut“, kommentiert Franco, der in seinem Rollstuhl die „Karawane“ anführt. Eine Passantin drückt einer jun-

gen Mitdemonstrantin 100 Franken in die Hand: „Gehen Sie mit diesen Leuten etwas trinken“, sagt die Grosszügige. Wieder Erheiterung. „Die denkt vermutlich, das hier sei ein begleiteter Ausflug eines Behindertenheims“, lautet der Kommentar. Etwas trinken gegangen sind wir dann trotzdem, und haben uns die offerierten Getränke in aufgeräumter Stimmung schmecken lassen.

Ich habe im Verlauf der Kampagne gegen die 5. IV-Revision etliche Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen ken-

nen und schätzen gelernt: starke Persönlichkeiten, Menschen mit viel Humor, die ab und zu auch über uns scheinbar Nichtbehinderte und unsere Vorurteile und Klischees lachen. Ohne das Engagement der direkt Betroffenen wäre das Referendum gegen die 5. IV-Revision nie ergriffen worden, geschweige denn zustande gekommen. Die Linke, die sich gern damit brüstet, für die „Schwachen“ einzustehen, war auf den Impuls einiger starker Menschen mit Behinderung angewiesen. Sowohl die SP wie der Gewerkschaftsbund haben sich ursprünglich gegen das Referendum ausgesprochen und sich erst unter dem Druck ihrer Basis umorientiert. Von den im Nationalrat vertretenen Parteien haben einzig

Fortsetzung Seite 2



„Behindertenkarawane“ am 12. Mai in Basel (Foto: Maya Heuschmann)

Mehr Respekt!

IV-Referendum

Interview mit Franz Wicki, der seit seiner Geburt mit einer schweren Behinderung lebt.

Welche Bedeutung hat die Zusatzrente für Ehegatten in Ihrer Situation?

Ich habe seit Geburt eine schwere körperliche Behinderung und lebe mit einer Minimalrente der IV von CHF 1'473 pro Monat. Bis Heute musste ich keinen Franken Ergänzungsleistungen beanspruchen. Die Zusatzrente von CHF 442 ist ein wesentlicher Teil des Familieneinkommens. Sie ist eine Anerkennung für die unentgeltliche Pflege, welche meine Frau rund um die Uhr leistet, auf eine eigene berufliche Karriere sowie auf genügende Altersvorsorge verzichtet und mit der grossen Belastung oft an ihre eigenen Grenzen stösst.

Welche Auswirkungen wird die Annahme der 5. IV Revision auf Ihren Lebensalltag haben, etwa, wenn die Zusatzrente gestri-

chen wird?

Rückfrage: Welche Auswirkungen hat eine Einkommenskürzung von einem Drittel auf Ihren Alltag? Für mich persönlich bedeutet es einen grossen Verlust an Selbstständigkeit und Lebensqualität. Fehlende finanzielle Mittel fördern die gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung, erhöhen die Fremdbestimmung und belasten die ganze Familie.

Die Kosten werden für den Staat und für den Steuerzahler nach Annahme der Revision markant steigen. Ein Heimaufenthalt kostet etwa CHF 240'000 im Jahr. mit der Umsetzung des NFA werden diese ab 2008 im Wesentlichen nur noch mit dem Renteneinkommen und mit Beiträgen des Kantons, bzw. vom Steuerzahler finanziert. Diese Beiträge scheinen für den Steuerzah-



Foto: Domink Labhardt

ler weniger problematisch zu sein als die günstigere Lösung eines selbstbestimmten Lebens zu Hause in der Familie.

Was halten Sie von dem angekündigten Aufbau von Integrationsmassnahmen?

500 Mio. Franken für IV-Inspektoren sind heraus geschmissenes Geld! Ohne die Bereitschaft der Wirtschaft, neue Arbeitsplätze für Leistungsschwächere zu schaffen, ist jedes Integrationsmodell sinnlos.

Welche Massnahmen fänden sie geeignet, um mehr Arbeitsplätze für Behinderte zu schaffen?

Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich bewusst werden, dass die Arbeit von Menschen mit Behinderungen genau so wertvoll ist, wie jene von Nichtbehinderten. Die Politik hat verschiedene Modelle, wie zum Bsp. eine Quotenregelung vorgeschlagen. Ich finde, dass Unternehmen bei der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Tieflohnländer mit hohen Liquidationssteuern belastet werden müssten und andererseits neue Firmen, welche eine gewisse Anzahl Behinderter in der Schweiz beschäftigen, begünstigt werden sollen. So werden Anreize geschaffen, ohne einen Zwang auf die Unternehmen auszuüben. Ein weiterer Anreiz könnte sein, dass Arbeitgeber für eine beschränkte Zeit eine Zusatzentschädigung für die Einstellungsbemühungen von Leistungsbeeinträchtigten erhalten, gleich wie in der Arbeitslosenversicherung.

Was sagen sie zum sogenannten „Sozialmissbrauch?“

Ich bin entschieden gegen Sozialmissbrauch! Der Tatbestand und alle, die dazu Hilfe leisten, müssen hart bestraft werden. Das Ziel der IV „Eingliederung vor Rente“ und der gesetzliche Anspruch auf soziale und gesellschaftliche Integration müssen erhalten bleiben, wenn eine dauerhafte oder fortschreitende Beeinträchtigung körperlicher, geistiger oder psychischer Natur nachweislich vorhanden ist. Politik und Gesellschaft müssen wieder mehr Respekt und Rücksichtnahme zeigen.

Die Fragen stellte Irene Amstutz

Fortsetzung von Seite 1

die Grünen und Solidarités das Referendum von Anfang an unterstützt.

Peter Wehrli, selber behindert und Mitinitiant des Referendums, sagte anlässlich der Übergabe der Unterschriften in Bern zu mir: „Ihr Politiker hört uns einfach nicht zu.“ Und er hat recht. Politikerinnen und Politiker aller Couleur meinen, auf alles und jedes eine Antwort parat haben zu müssen. Dabei vergessen sie zwei wesentliche Grundsätze seriöser politischer Arbeit: Erstens echte (und nicht nur rhetorische) Fragen zu stellen und zweitens zuzuhören.

Wenn wir fragen und zuhören würden, würden wir erfahren: Behinderte Menschen sind nicht wirklich behindert, sie werden behindert. Sie werden behindert von einer Gesellschaft, die sie ausgrenzt und entmündigt. Menschen mit Behinderungen wollen nicht eine Rente um jeden Preis. Im Gegenteil: Die Rente empfinden viele Betroffene als Teil der Ausgrenzungsstrategie. Menschen mit Behinderungen fordern vor allem eines: Integration in die Gesellschaft. Das ist die Herausforderung, der sich auch die Linke stellen muss. Die Sozialwerke verteidigen genügt nicht, es geht um wesentlich mehr. Es geht um die

Forderung, dass jeder Mensch ein Recht hat, in Würde zu leben.

Mit einem Nein zur 5. IV-Revision lösen wir letztlich nichts. Die IV bleibt verschuldet, die Behinderten bleiben ausgegrenzt. Aber ein Nein verhindert, dass Behinderte noch mehr behindert werden. Und ein Nein öffnet den Weg für konstruktivere Vorschläge, die auf eine wirkliche Integration behinderter Menschen zielen. Das wäre längerfristig auch kostengünstiger. Wer weiss, vielleicht sind ja auch Politikerinnen und Politiker lernfähig? Vielleicht lernen sie sogar noch das Zuhören!

Martin Flückiger

Im Herbst sind Nationalratswahlen – tun wir alles, um einen Sitz zu erringen!



Irene Amstutz

Liebe Leserin, lieber Leser

Kann man Nationalratssitze kaufen? Nein, wohl nicht. Nichtsdestotrotz spielt Geld in der Wahlkampagne eine wichtige Rolle. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten werden nur wahrgenommen, wenn sie auf Plakaten zu sehen sind und in den Briefkästen unsere Wahlzeitung liegt. Wir leisten sehr viel unentgeltliche Arbeit und werden einen fantasievollen abwechslungsreichen Wahlkampf führen, in dem wir auf Glaubwürdigkeit, Kompetenz und Präsenz setzen. Dennoch kostet unser Wahlkampf Geld. Die Parteifinzen stehen zwar im schwarzen Bereich, aber nur, weil wir sparsam haushalten und in den zwei letzten Jahren keine Wahlen hatten. Wahlen verursachen ausserordentliche Kosten und können bei BastA! unmöglich über das laufende Budget finanziert werden.



Diesen Herbst hat das Grüne Bündnis (BastA! und Grüne) die Möglichkeit, einen Sitz in Bern zu gewinnen. Wir haben ausgesprochen erfahrene und vielseitige Kandidaten und Kandidatinnen auf unserer Liste. Sibel Arslan, Urs Müller, Anita Lachenmeier, Michael Wüthrich und ich kandidieren für den Nationalrat. Klar ist: wir sind ein starkes Team, und jede und jeder würde die sozialen und grünen Anliegen in Bern überzeugend und beharrlich vertreten.

Unser Wähler- und Wählerinnenpotential ist relativ klein, aber fein. Dennoch: Diesen Herbst haben wir die reelle Chance, einen der fünf Nationalratssitze, die Basel zustehen, zu erringen – nutzen wir sie! Dafür sind wir auf deine persönliche Unterstützung angewiesen. Mit deiner Spende trägst du dazu bei, dass wir unsere Wählerinnen und Wähler von unseren politischen Qualitäten überzeugen und mobilisieren können.

**Schützt
das Klima**

**Weg vom Öl,
hin zum solaren Zeitalter.**

**Ökologischer Umbau bringt
Arbeitsplätze und Lebensqualität.**

**Leben kommt vor Profit,
niemand muss arm sein.**

**Keine Steuergeschenke für Reiche.
Wer hat, dem soll nicht noch mehr
gegeben werden.**

**Umverteilung der Arbeit,
auch zwischen Männern und Frauen.**

**AusländerInnen integrieren,
Menschenrechte respektieren
und den Frieden fördern.**

**Und überhaupt:
Politik braucht Kultur.**

Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüssen

Irene Amstutz
Nationalratskandidatin

BastA!
Postfach, 4005 Basel
sekretariat@basta-bs.ch
www.basta-bs.ch
PC 40-31244-5

BastA!

Basels starke Alternative

Zu gross, zu teuer, zu elitär

Stadt-Casino

Am 17. Juni können die Basler Stimmberechtigten über das neue Stadt-Casino abstimmen. BastA! hat diesem Projekt gegenüber von Anfang an eine kritische Haltung eingenommen. BastA!-Leute haben massgeblich zur Gründung des überparteilichen Komitees „Casino-Koloss NEIN“ beigetragen. Die Fraktion Grünes Bündnis sprach sich im Grossen Rat bereits 2005 mehrheitlich gegen den Projektierungskredit aus. Ein Jahr später beantragte die Mehrheit der Fraktion (7:4 bei 3 Enthaltungen) im Grossen Rat die Rückweisung der definitiven Casino-Vorlage.



Mit der Rückweisung wollte die Fraktion kund tun, dass sie sich nicht grundsätzlich gegen eine Sanierung oder einen Neubau des Casinos ausspricht, sondern gegen das vorliegende

Projekt. Der Grosse Rat genehmigte dieses jedoch mit 85 zu 21 Stimmen. Das Komitee Casino-Koloss NEIN ergriff das Referendum. Auch BastA! beteiligte sich an der Unterschriftensammlung.

Der Widerstand gegen das Casino-Projekt entzündet sich nicht an dessen ästhetischer Qualität und masst sich dazu kein Urteil an. Es ist auch unbestritten, dass im heutigen Casino ein Sanierungsbedarf besteht. Massnahmen sind notwendig – durch einen Neubau oder durch eine Sanierung.

Das vom Grossen Rat beschlossene Projekt ist jedoch sowohl von seinen Dimensionen als auch von den Kosten her gesehen um Nummern zu gross. Es nimmt viel zu wenig Rücksicht auf die benachbarte Umgebung am Barfüsserplatz und lässt in seinen Dimensionen das notwendige Gespür für die urbane Qualität dieses Raumes vermissen. Die Aussteckung der Bauprofile im

vergangenen Herbst hat dies bestätigt.

Der Barfüsserplatz wird durch den kolossalen Bau in seinem Charakter verändert und mutiert sozusagen zum Vorplatz des Casinos. Die Nutzungsmöglichkeiten des Platzes werden spürbar eingeschränkt. Diese Befürchtung hat sich mittlerweile erhärtet.

Das neue Casino muss aber auch im Zusammenhang mit der Basler Finanzpolitik beurteilt werden. Während für unzählige staatliche Aufgaben auch unter rot-grüner Regierungsmehrheit die Finanzen nach wie vor fehlen, von der Strassenreinigung bis zum Pflegebereich, von den Kindergartentmöbeln bis zum Sozialbereich, ist der Kanton bereit, 40 Millionen für das Casino auszugeben. Dazu kommt ein Steuerausfall von vielen Millionen durch die Steuerabzugsfähigkeit der Spenden, dazu kommen weitere Beträge (Bodenforschung, CMS etc.), sodass der Staatsbeitrag sich am Ende irgendwo zwischen 50 und 60 Millionen bewegen wird.

Doch damit nicht genug: Die Gefahr massiver Kostenüberschreitungen beim Bau des Casinos ist nicht auszuschliessen. Das Betriebsbudget der Casino-Gesellschaft muss nach wie vor als abenteuerlich bezeichnet werden. Am Ende wird der Kanton mit weiteren Beiträgen und Subventio-

nen zur Kasse kommen. Regierungsrat Eymann dazu: „Wir wollen nicht subventionieren, und wir haben dies auch deutlich gesagt; aber wir wollen auch kein Verbot für die Zukunft festlegen, um künftigen Parlamenten und Regierungen nicht die Arme zu binden, wenn andere Verhältnisse herrschen, die jetzt noch nicht voraussehbar sind.“ Nun – diese anderen Verhältnisse werden herrschen, aber sie sind heute schon voraussehbar.

Die Casino-Gesellschaft versucht mit einem grossangelegten Propagandaspektakel das neue Casino als eine Art Volkshaus für Alle darzustellen. Die Realität wird sich anders präsentieren. Die finanziellen Aussichten des Casinos werden dazu führen, dass einseitiger als heute Angebote der Hochkultur und kommerzielle Spitzen-Events zum Zug kommen, welche teuer und nur einem zahlungskräftigen Publikum zugänglich sind.

Mit einem NEIN zum Casino-Projekt, werden notwendige Sanierungen keineswegs für Jahrzehnte verhindert, wie immer wieder behauptet wird. Ein NEIN würde den Weg frei machen für ein Projekt mit etwas bescheideneren Dimensionen, räumlichen und finanziellen.

Rolf Häring

Wer betreibt hier eigentlich Stadtentwicklung?

Kommentar

Als «Urban Manager» bezeichnet sich der kantonale Baumeister, denn heute sind nicht die Behörden oder die Bevölkerung die Akteure der Stadtentwicklung, sondern Konzerne oder Dienstleistungsunternehmen.

Diese Art von Stadtentwicklung ist mit der Privatisierung respektive Neudefinition von öffentlichem Raum verbunden. Das neue Stadt-Casino ist hierfür ein Beispiel: Es ist nicht per se zu voluminös, es wird erst im Verhältnis zur Umgebung zu einem Koloss. Damit dieser neue Musikpalast so

gebaut werden kann, wie es die Casinogesellschaft will, wird ein nicht unbedeutender Teil des Barfüsserplatzes in Anspruch genommen. Ein öffentlicher Platz wird damit verkleinert. Trotzdem ist von Seiten des Regierungsrats kein Wort über eine Neugestaltung des Barfüsserplatzes zu



vernehmen. Klar ist eines: Dadurch, dass der Haupteingang des Stadt-Casinos auf den Barfüsserplatz geht, wird eine zukünftige Nutzung dieses kleiner gewordenen öffentlichen

Raums durch den Betrieb und durch die BesucherInnen des Stadt-Casinos definiert.

Ein zweites Beispiel ist die Erweiterung der Messe. Die Messe Schweiz will rund die Hälfte des Messeplatzes mit einem Herzog und de-Meuron-Bau überdecken. Mit diesem Neubau definiert die Messe (immerhin in Baurecht), was unter dem Riegel im 10m

Fortsetzung nächste Seite

Für ein beherztes Ja zum Neubau des Stadt-Casinos

Stadt-Casino

Ich sehe vier Fragen, die es vor dem Grundsatzentscheid zu beantworten gilt: Brauchen wir ein Stadt-Casino? Wollen wir einen Neubau? Können wir uns den jetzt zur Diskussion stehenden Neubau leisten? Wenn ja: wollen wir diesen Neubau?



Zur ersten Frage: Ich denke, es ist unbestritten, dass jedes Gemeinwesen Orte für Versammlungen, Festivitäten und Konzerte braucht. In Basel heisst einer dieser Orte seit seiner Eröffnung

1826 „Stadt-Casino“.

Zur zweiten Frage: Zum Glück gibt es noch weitere Möglichkeiten, wie v.a. das Volkshaus, wo wir gemeinsam feiern, diskutieren usw. können, denn das Angebot des Stadt-Casinos reicht bei weitem nicht. Dank der einzigartigen Akustik im Musiksaal liegt das Schwergewicht der Veranstaltungen im Casino im Musikbereich. Doch das Gebäude ist in die Jahre gekommen und muss renoviert und den Bedürfnissen und Möglichkeiten unserer Zeit angepasst werden. Dies ist auch eine Voraussetzung dafür, dass der weltberühmte Musiksaal weiter gewinnbringend genutzt werden kann. Entsprechend der sich verändernden Bevölkerungsstruktur wird die

Angebotspalette im neuen Haus breiter und offener sein als bisher.

Zur dritten Frage: Der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand von 40 Millionen Franken ist beträchtlich. Sollte das Casino nicht gebaut werden, fliesst deswegen aber kein Rappen automatisch in andere Aufgaben. Unsere Kantonsfinanzen stehen gegenwärtig nicht so schlecht da, deren Verteilung jedoch ist eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses. Es kann auch davon ausgegangen werden, dass das investierte Geld in der Privatwirtschaft ein steuerpflichtiges Umsatzvolumen von rund 81.6 Millionen Franken pro Jahr auslösen wird.

Zur vierten Frage: Ich habe die Fragen 1 - 3 mit Ja beantwortet und plädiere deshalb auch bei der Hauptfrage für ein Ja. Das Projekt ist klug durchdacht und ein architektonischer Wurf, der Aufsehen erregt, Basel weltweit ins Gespräch bringt und auch dadurch Einnahmen für die Stadt generieren wird. Ich persönlich finde den Bau sehr schön und bin auch von seiner städtebaulichen Einordnung überzeugt. Dass das

Gebäude Schatten auf den Barfüsserplatz wirft, kann kein Argument für dessen Ablehnung sein. Schliesslich sollen auf diesem Platz weder Erdbeeren oder Tomaten reifen, noch ist er zum Sonnenbaden vorgesehen. Ganz zu schweigen davon, dass wir vermutlich aus klimatischen Gründen je länger je mehr den Schatten suchen werden.

Zusammengefasst: Wir brauchen ein Stadt-Casino, dieses braucht einen Neubau, wir können ihn uns leisten und wir wollen etwas Besonderes.

Deshalb JA zum diesem Casino-Neubau.

Beatrice Alder

BastA! sagt Nein

Die Mitgliederversammlung von BastA! hat mit grosser Mehrheit gegen zwei Stimmen bei einer Enthaltung die Nein-Parole zum Neubau des Stadt-Casinos beschlossen.

Wer betreibt hier eigentlich ... (Fortsetzung)

hohen überdeckten Raum passiert: nicht mehr skaten und schachspielen oder einfach im Schatten eines Baumes sitzen ist angesagt, sondern der Besuch der Messe. Als Nicht-MessebesucherIn hat man dort nichts mehr zu suchen.

Die Abtretung der Hünigerstrasse an Novartis und deren Integration in den Campus stellt ein weiteres Beispiel „privatisierender“ Stadtentwicklung dar. Eine ganze Strasse, die bereits vor der Entstehung der chemischen Industrie existiert hat und die direkte Verbindung Basels zu einer kleinen elsässischen Nachbargemeinde ist, wird vom Campus aufgesaugt.

Diese Art, Stadtentwicklung zu betreiben, ist inakzeptabel. Es ist schon erstaunlich, wie unbedenklich öffentlicher Raum an private Investoren verschachert wird, während gleichzeitig die Nutzung des verbleibenden öffentlichen Raums rigoros reglementiert wird. Strassenfeste werden aus fadenscheinigen Gründen nicht bewilligt, der Flohmarkt bei der Kaserne soll nicht mehr stattfinden, der Matthäuskirchplatz hätte weniger Übereifer bei der Sanierung und weniger Mergel vertragen.

Es ist an der Zeit, dass Basel unter Einbezug der hier lebenden Bevölkerung die Stadtentwicklung in die eigenen Hände nimmt und nicht einfach privaten Investoren, die mit Stararchitekten und Stararchitektinnen auftrumpfen, hinterher hechelt.

Patrizia Bernasconi

Herzliche Gratulation der Grünen Partei Basel-Stadt!

Die Grünen Basel werden 20 Jahre alt. Wir von BastA! gratulieren unserer Schwesterpartei herzlich zu diesem Jubiläum. Mitte der 1980er Jahre entstanden verschiedene grüne Gruppierungen. Im Frühling 1987 trat die damalige Grüne Alternative Basel (GAB) erstmals an die Öffentlichkeit. Daneben existierten die Grüne Partei (GP), die Grüne Mitte und die Grünen Spatzen. 1990 fusionierten die bereits zusammengeschlossene GP/GAB mit der Grünen Mitte zur Grünen Partei Basel-Stadt. Wir zählen auf mindestens 20 weitere Jahre Einsatz für grüne Politik und auf eine weitere gezielte Zusammenarbeit.

Die Angst ist immer da

Buchhinweis

„Zukunft Schwarzarbeit. Jugendliche Sans-Papiers in der Schweiz“ lautet der Titel eines Sachbuches, das im April dieses Jahres erschienen ist. Hans Schächli, Mitherausgeber des Buchs und Mitglied der Arbeitsgruppe Sans-Papiers der Eidgenössischen Ausländerkommission, skizziert im Folgenden die Thematik, um die es in der Publikation geht.



In der Schweiz leben und arbeiten gemäss einer Studie der Bundesamtes für Migration schätzungsweise 90'000 MigrantInnen ohne Aufenthaltsbewilligung, sogenannte Sans-Papiers.

Davon sind ein unbekannter Prozentsatz - vielleicht etwa 5% - Jugendliche, von denen unsere Publikation handelt. In Zukunft dürfte die Zahl dieser jugendlichen Sans-Papiers, die mitten unter uns versteckt in einer unwürdigen Situation leben, aufgrund der verschärften Bestimmungen über den Familiennachzug im revidierten Ausländergesetz noch zunehmen. Die Probleme jugendlicher Sans-Papiers, wie sie in der Publikation deutlich werden, berühren uns deshalb sehr stark, weil die meisten von ihnen nicht selber entschieden haben, versteckt und rechtlos unter uns zu leben, ohne sorgenfreie Jugendzeit wie andere Jugendliche, sondern in ständiger Angst: Herzklopfen beim Herannahen eines Polizeifahrzeugs, Verzicht aufs Velofahren, aufs Bummeln in der Stadt mit KollegInnen, weil das Risiko einer Kontrolle zu gross ist. Jugendliche Sans-Papiers können zwar zur Schule gehen, die Möglichkeit, eine Berufslehre zu absolvieren, ist ihnen aber verwehrt, sodass sie schliesslich in der Sackgasse Schwarzarbeit landen. Es ist so nicht erstaunlich, dass die meisten jugend-

lichen Sans-Papiers ihre Probleme verdrängen und nicht an die Zukunft denken, genau so wie die meisten von uns deren Probleme nicht zur Kenntnis nehmen, sondern verdrängen.

In der Arbeitsgruppe Sans-Papiers der Eidgenössischen Ausländerkommission prüfen wir anonymisierte Dossiers von Sans-Papiers, die uns zugeschickt werden, darauf hin, ob gemäss der gesetzlichen Härtefallregelung die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung prüfungswert ist. Wir machen die Erfahrung, dass die Praxis der Anerkennung der Härtefälle vorab beim Bundesamt für Migration, aber auch beim Bundesgericht immer restriktiver wird. Es macht den Anschein, dass die offizielle Politik das Problem der Sans-Papiers weder mit einer Härtefallregelung noch mit einer kollektiven Regularisierung lösen will. Wir leben ja ganz gut mit einem Prozentsatz von rechtlosen, willfähigen und leicht ausbeutbaren Arbeitskräften für diejenigen Arbeiten, die sonst niemand machen will, weil sie anstrengend, unbeliebt und meist schlecht bezahlt sind. Abzocker und Steuerflüchtlinge sind bei uns nicht illegal, sondern hochwillkommen. Einfachen Leuten hingegen wird der legale Eintritt in die Schweiz verweigert, weil man sie lieber in der Illegalität weiss, wo sie keine Ansprüche stellen können. Jeder, der sich in der Geschichte der Schweiz etwas auskennt, weiss, dass diese Art von Ausländerpolitik eine lange und unrühmliche Tradition hat.

Eine lebendige Demokratie lebt aber nicht von widerlicher Heuchelei, sondern von einer kritischen Öffentlichkeit. Dazu soll unsere Publikation einen Beitrag leisten: Das verdrängte Problem der jugendlichen Sans-Papier wird zur Diskussion gestellt. Aufklärung ist heute nötig. Oder wie Ruth Dreifuss in ihrem Vorwort sagt: „Die öffentliche Diskussion über verdrängte Tatsachen und Probleme ist der erste Schritt zum Widerstand und zu nötigen Veränderungen“. Es ist zu hoffen, dass dieses Buch einen Beitrag zur verstärkten öffentlichen Diskussion leisten kann und damit zur Verwirklichung einer dringend notwendigen Verbesserung der Situation jugendlicher Sans-Papiers.

Hans Schächli

Angaben zum Buch:

Pierre-Alain Niklaus / Hans Schächli (Hrsg.), Zukunft Schwarzarbeit. Jugendliche Sans-Papiers in der Schweiz. Edition 8, April 2007.

In Zusammenarbeit mit der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel führte die Hochschule für Soziale Arbeit der FH Nordwestschweiz ausführliche Interviews mit Jugendlichen ohne Aufenthaltsbewilligung durch. Im Zentrum der Publikation stehen die Resultate dieser Studie sowie die Porträts betroffener Jugendlicher. Ausserdem enthält das Buch Beiträge von Georg Geiger, Heidi Mück, Anni Lanz, Martine Lachat Clerc und Pierre-Alain Niklaus.

Fraktion: Loretta Müller neu im Grossen Rat

Am 14. März 2007 ist Loretta Müller, Umweltwissenschaftlerin, Nati-B-Fussballerin – und ganz nebenbei noch Tochter von Urs Müller – für Margrith von Felten in den Grossen Rat nachgerückt. Spätestens nach ihrem ersten, sehr kritischen Votum zur Euro 08 war allen Grossratsmitgliedern klar, dass Loretta ihrer Vorgängerin in Bezug auf Wortbiss und Beharrlichkeit in nichts nachsteht! Da können sich die graugewandeten frauenfeindlichen Hinterbänkler auf Einiges gefasst machen. Als Reakti-

on auf eine Anspielung in einem Zeitungsartikel, dass sie die Meinung von ihrem Vater nachplaudere, ging Loretta schnurstraks ans Mikro und verkündete schlagfertig: „Wenn schon, dann umgekehrt!“

Bereits in der parlamentarischen Gruppe Sport engagiert, setzt sie sich mit einem Planungsantrag für umfassende und gute Rahmenbedingungen für den Breitensport ein.

Karin Haeblerli



Junges Grünes Bündnis: kaum entstanden, bereits aktiv

JUSO, Junge SVP, Junge CVP, Jungfreisinnige ... beinahe jede politische Partei in Basel hat ihre Jungpartei. Nur bei BastA! war das bis anhin nicht so. Aber jetzt hat sich das geändert. Denn ein Junges Grünes Bündnis ist im Aufbau.

Die Gruppe macht nicht Halt an Parteigrenzen. Sie setzt sich aus linken, grünen, jungen und politisch interessierten Leuten zusammen. Die meisten sind im Umfeld von BastA! und der Grünen Partei Basel-Stadt zu finden, aber nicht alle.

Längerfristig wollen wir mit eigenen Projekten und Aktivitäten aktiv an der Politik in Basel partizipieren und Anliegen von Jungen in der Region Basel aufnehmen und vorantreiben. Dazu werden wir auch mit den Jungen Grünen Nordwestschweiz zusammenarbeiten.

Eigene Liste für NR-wahlen

Als erstes Projekt wird das Junge Grüne Bündnis mit einer eigenen Liste an den Nationalratswahlen im Herbst teilnehmen (natürlich mit einer Unterlistenverbindung zum „alten“ Grünen Bündnis). Wir wollen möglichst viele junge oder jung gebliebene Wählerinnen und Wähler ansprechen und so einen kleinen Beitrag zu einem möglichen Nationalratsitz des Grünen Bündnisses leisten. Die Liste setzt sich aus den folgenden fünf Kandidatinnen und Kandidaten zusammen: Mirjam Ballmer (Studentin Geografie, Englisch und Mensch-Gesellschaft-Umwelt an der Uni Basel und Projektmitarbeiterin bei sun21, Kämpferin gegen die Zollfreistrasse und Grossratskandidatin 2004), Franca Mader (Studentin in Kunstgeschichte und Medienwissenschaften an der Uni Bern, Vorstandsmitglied von UniArt und Grossratskandidatin 2004), Cyrill Wunderlin (Zivildienstleistender und zukünftiger Student, Jungwach- und Blauring-Aktivist und Grossratskandidat 2004), Jonas Schwarz (Student Sekundarlehramt 1, Mitarbeiter terre des hommes Schweiz und Mitorganisator „Imagine“ Basel) und Loretta Müller (diplomierete Umweltnaturwissenschaftlerin ETH, Ausbildung zur Oberlehrerin an der ETH Zürich und Doktorandin an der Uni Bern, Grossrätin, Fussballerin bei Concordia Basel, Nationalliga B).

Stopp-Offroader-Initiative

Das Junge Grüne Bündnis denkt aber nicht nur an Wahlen, sondern beteiligt sich auch an der Unterschriftensammlung für die Stopp-Offroader-Initiative der Jungen Grünen Schweiz. Diese Initiative leistet einen Beitrag zur Eindämmung der Klimaerwärmung, hilft mit, die Luftverschmutzung



Fototermin der Kandidatinnen und Kandidaten der Jungen Liste: Von links nach rechts: Cyrill Wunderlin, Franca Mader, Loretta Müller, Jonas Schwarz. Es fehlt auf der Fotografie: Mirjam Ballmer.

zu reduzieren, stoppt die Aufrüstung auf der Strasse und schützt VelofahrerInnen, FussgängerInnen und Kinder vor gefährlichen Autos. Dies soll durch ein Verbot von Fahrzeugen mit übermässiger Luftverschmutzung und übermässiger Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmenden geschehen. Die Kriterien für eine übermässige Luftverschmutzung oder Gefährdung sollen in den Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung geregelt werden und beinhalten sowohl ein maximales Leergewicht von 2.2t wie auch Grenzwerte für Luftschadstoffe (CO₂ und Feinstaub). Diese Grenzwerte würden nebenbei auch bewirken, dass „Raser-Autos“ mit extrem vielen PS verboten würden und dass der Partikelfilter praktisch obligatorisch wäre. Personen, welche aus beruflichen Gründen nicht auf einen schweren Offroader oder ein ähnliches Fahrzeug verzichten können (wie Landwirte, Jäger, Waldarbeiter etc.) fallen unter die Ausnahmeregelung und bekom-

men die Erlaubnis, weiterhin ein solches Fahrzeug zu benutzen.

Die Unterschriftensammlung für die erste von den Jungen Grünen Schweiz lancierte eidgenössische Volksinitiative läuft bereits auf Hochtouren. Schon viele Unterschriften wurden gesammelt, es fehlen aber auch noch einige. Unterschreiben Sie doch bitte diese Initiative. Unterschriftenbogen können auf der Website www.menschenfreundlicher.ch ausgedruckt oder beim Verein für menschenfreundlichere Fahrzeuge, Postfach, 8031 Zürich bestellt werden.

Falls Sie sich für das Junge Grüne Bündnis interessieren, dann dürfen Sie mich gerne jederzeit kontaktieren (Loretta Müller, lorettamueller@gmx.ch, 079 605 32 22, 061 692 64 31). Wir freuen uns über alle Interessierten und aktiven MitstreiterInnen.

Loretta Müller

Löchriger Datenschutz

Die 5. IV-Revision bringt eine Abwertung von qualifizierten Eingliederungsbemühungen der Hausärztinnen und Hausärzte. Nur noch sogenannte Vertrauensärzte und -ärztinnen entscheiden.



Für jeden Kranken und insbesondere von einer chronischen Krankheit Betroffene ist eine gute Beziehung zum Hausarzt, zur Hausärztin wichtig, um in dieser schwierigen Phase

unterstützt zu werden. Besonders wichtig ist dies in der Situation einer drohenden Invalidität. Den Hausärztinnen und -ärzten wird nun schon länger vorgeworfen, als kritiklose Anwälte ihrer Patienten zu handeln und für die Zunahme von Renten verantwortlich zu sein. Zudem verstünden sie nichts von der Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit. Bereits mit der 4. IV-Revision änderte sich die Begutachtungspraxis. Ver-

trauensärzte der IV beurteilen die Betroffenen in Regionalen Ärztlichen Diensten (RAD). Zudem werden in grossem Masse Spezialistinnen und Spezialisten mit der zusätzlichen Begutachtung beauftragt. Diese Massnahmen führten zu einer weit restriktiveren Beurteilung. Mit der 5. IV Revision soll diese Praxis noch verschärft werden. Betroffene können gegen ihren Willen und ohne ihr Wissen von Arbeitgebern, Angehörigen und Beratungsstellen bei der IV angemeldet werden, die IV Stellen können von den ÄrztInnen Auskünfte gegen den Willen und ohne das Wissen der Betroffenen einfordern. Die

Aushöhlung des Arztgeheimnisses war denn auch ein wichtiger Grund, weswegen der Vorstand der Schweizerischen Ärztesellschaft die Nein-Parole empfahl. Wenn den HausärztInnen vorgeworfen wird, sie seien Partei, dann muss dasselbe den VertrauensärztInnen vorgeworfen werden. Sie sind AnwaltInnen der IV. Die Aufweichung des Datenschutzes und die Abwertung der hausärztlichen Beurteilung sind ein weiterer Grund, die IV-Revision abzulehnen.

Daniel Gelzer, Hausarzt



Ja zum Trolleybus

Trolleybusse sind leise, umweltschonend und effizient. Auf der ganzen Welt fahren Trolleybusse:



Arnhem / Niederlande; Astana / Kasachstan; Athen / Griechenland (Olympiastadt); Trolleybusinitiative Ja; Beijing / China (Olympiastadt); Belgrad / Serbien; Bergen / Norwegen, Bern / Schweiz, Bologna / Italien; Boston / USA; Bratislava / Slowakei; Budapest / Ungarn; Bukarest / Rumänien; Stichfrage: Initiative; Cagliari / Italien; Coimbra / Portugal; Cordoba / Argentinien; Edmonton / Kanada; Esslingen / Deutschland; Trolleybusinitiative Ja; Gent / Belgien; Genua / Italien; Grenoble / Frankreich (Olympiastadt); Genf / Schweiz; Innsbruck / Österreich (Olympiastadt); Stichfrage: Initiative; Kathmandu / Nepal; Kiew / Ukraine; Kurobe Japan; Landskrona / Schweden; Lecce / Italien; Linz / Österreich; Lyon / Frankreich; Lublin / Polen; Trolleybusinitiative Ja; Mexico / Mexico (Olympiastadt); Mailand / Italien; Montreux / Schweiz; Moskau / Russland (Olympias-

tadt); Parma / Italien; Philadelphia / USA; Quito / Ecuador; Pilsen / Tschechien; Pyongyang / Nordkorea; Stichfrage: Initiative; Riga / Lettland; Rom / Italien (Olympiastadt); Salzburg / Österreich; San Francisco / USA; San Remo / Italien; Sankt Petersburg / Russland; Sao Paulo / Brasilien; Sarajevo / Bosnien (Olympiastadt); Seattle / USA; Shanghai / China; Sofia / Bulgarien; Solingen / Deutschland; Trolleybusinitiative Ja; Tallinn / Estland (Olympiastadt); Teheran / Iran; Ulan / Bator / Mongolei; Valparaiso / Chile; Vancouver / Kanada (Olympiastadt); Wellington / Neuseeland; Winterthur / Schweiz; Stichfrage: Initiative; Wuhan / China; Zürich / Schweiz.

Ab 2010 fahren die Trolleybusse in Basel ganz ohne Atomstrom. Zürich hat soeben eine neue Trolleybus-Linie eingeweiht. Der Trolleybus ist im Trend. 350 Städte weltweit setzen auf das umweltfreundliche Transportmittel. Soll Basel bald nicht mehr dabei sein? Die Antwort am 17. Juni kann nur heissen: Trolleybusinitiative Ja, Stichfrage: Initiative ankreuzen.

Urs Müller

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____.-
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Impressum: Nr. 2/Mai 2007. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis, Redaktion: Karin Haerberli, Irene Amstutz, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel